

# „Eine schwierige Angelegenheit“

Cornelia Rundt diskutiert in der BKK24 mit Bürgern über ärztliche Versorgung auf dem Land

**OBERNKIRCHEN.** Sind Medizinische Versorgungszentren die Lösung? Welche Rolle spielt die ungeliebte Regressregelung und welche die ärztliche Ausbildung? Cornelia Rundt (SPD), Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration, sowie weitere Podiumsmitglieder standen interessierten Bürgern in der BKK24-Lounge Rede und Antwort. Es ging um den chronischen Hausärztemangel im ländlichen Raum.

Eingeladen hatten die Krankenkasse BKK24 und der Landtagsabgeordnete Karsten Becker (SPD). Zunächst zeigte Rundt auf, dass das Land nur begrenzte Möglichkeiten habe, die Ansiedlung von Ärzten auf dem Land zu beeinflussen. Rechtlich sei die Verteilung von Ärzten allein eine Angelegenheit zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und den niedergelassenen



Interessierte Zuhörer kommen in der BKK24 zusammen. FOTO: SK

Ärzten. Das Land könne allein mit flankierenden Maßnahmen tätig werden, zum Beispiel mit einem Stipendienprogramm für angehende Ärzte, die ihr praktisches Jahr in einer Niedersächsischen Hausarztpraxis absolvieren. Außerdem habe die niedersächsische Regierung dafür gesorgt, dass Kommunen Medizinische Versorgungszentren (MVZ) betreiben, wo Ärzte angestellt werden können.

Denn, so stellt sich die Situation allgemein dar, immer weniger junge Ärzte wollen sich selbstständig machen, unter anderem, weil sie die Bürokratie und die Regressregelung fürchten. Letztere besagt, dass ein Arzt, wenn er sein Budget an zu verordnenden Medikamenten überschreitet, dafür zahlen muss.

Dieses, so Zuhörerin Manuela Schneider, deren Mann in Obernkirchen eine Praxis be-

treibt, sei ausschlaggebend dafür, dass sich junge Ärzte nicht auf dem Land als Hausarzt niederlassen wollen. Die viel zitierten mangelnden Kulturangebote auf dem Land spielten eine Nebenrolle.

Wirtschaftlichen Bedenken potenzieller neuer Hausärzte werde unter anderem mit Ansiedlungsprämien und Umsatzgarantien für zwei Jahre begegnet, zeigte Mark Barjenbruch auf. Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen wies außerdem darauf hin, dass im hausärztlichen Planungsbereich Stadthagen, der über die Kreisstadt hinaus etliche weitere Kommunen umfasst, die Versorgung bei 89,9 Prozent liege. Erst bei 75 Prozent spreche man von einer Unterversorgung. Allerdings, fügte Rundt an, seien die 89,9 Prozent nicht gleichmäßig verteilt. Barjenbruch: „Es ist eine schwierige Angelegenheit.“



Cornelia Rundt, FOTOS: SK

Karl-Heinz Hansing vom Stadthäger Seniorenbeirat fragte: „Wie kommen Patient und Arzt zusammen?“ zumal, wenn der Hausarzt nicht mehr im eigenen Wohnort zu finden ist. Der Stadthäger forderte die öffentliche Bezuschussung für Fahrten zum Arzt. Davon abgesehen dürfe man dennoch nicht vom Anspruch abweichen, einen Hausarzt in der Nähe zu haben, kommentierte Becker. sk